

Absender:
Wahlkreisbüro Sabrina Repp, MdEP, Doberaner Straße 6, 18057 Rostock

24. Februar 2026

Sabrina Repp, MdEP

Büro Brüssel
Parlement européen
Bât. ALTIERO SPINELLI
12G242
60, rue Wiertz
B-1047 Bruxelles/Brussel

Büroleitung:
Arzu Mouchtar
Tel.: +32 228 45783
Mail: sabrina.repp@europarl.europa.eu

Wahlkreisbüro Rostock
Sabrina Repp
Wahlkreisbüro Rostock
Doberaner Str. 6
18057 Rostock

Büroleitung:
Anne Niekrenz
Tel.: +49 (0)1573 4451906
Mail: kontakt@sabrina-repp.eu

Web:
www.sabrina-repp.eu

Pressemitteilung

Sabrina Repp stellt Bericht zur EU-Jugendstrategie im Bildungsausschuss vor

Brüssel, 24. Februar 2026

Die Europaabgeordnete Sabrina Repp (S&D/SPD) aus Mecklenburg-Vorpommern hat ihren Bericht zur Umsetzung der EU-Jugendstrategie 2019–2027 im Ausschuss für Kultur und Bildung des Europäischen Parlaments vorgestellt. Als Berichterstatterin koordiniert sie die Verhandlungen zur Position des Parlaments mit den anderen Fraktionen.

„Die EU-Jugendstrategie ist ein wichtiges Fundament für die europäische Jugendpolitik“, erklärt Repp. „Aber gute Absichtserklärungen reichen nicht aus. Wir brauchen klare Verantwortlichkeiten, verbindliche Instrumente und eine echte Beteiligung junger Menschen an politischen Entscheidungen.“

Ein Schwerpunkt ihres Berichts liegt auf Inklusion und sozialer Gerechtigkeit. Studien zeigen, dass junge Menschen mit Migrationsgeschichte, aus ländlichen Regionen oder aus einkommensschwachen Haushalten weiterhin seltener an Beteiligungsformaten teilnehmen. Auch sogenannte NEETs – junge Menschen ohne Arbeit, Ausbildung oder Studium – werden nicht ausreichend erreicht.

„Jugendpolitik darf kein Angebot nur für die ohnehin gut Organisierten sein“, so Repp. „Gerade junge Menschen mit weniger Chancen müssen wir gezielt unterstützen und besser einbinden.“

Kritisch bewertet sie zudem die bisherige Umsetzung des sogenannten „Youth Mainstreaming“. Der eingeführte „Youth Check“, mit dem EU-Vorhaben auf ihre Auswirkungen für junge Menschen geprüft werden sollen, werde bislang nicht systematisch und transparent angewendet. Themen wie bezahlbarer Wohnraum, steigende Lebenshaltungskosten, mentale Gesundheit und digitale Resilienz müssten stärker und verbindlicher in EU-Politiken verankert werden.

„Wenn wir jugendgerechte Politik ernst nehmen, dann müssen wir die Lebensrealität junger Menschen bei allen Entscheidungen einbeziehen – vom Wohnungsmarkt bis zur Digitalpolitik“, betont Repp.

Programme wie Erasmus+ und das Europäische Solidaritätskorps bezeichnet sie als „Rückgrat der europäischen Jugendpolitik“. Gleichzeitig gebe es weiterhin bürokratische Hürden und hohe administrative Anforderungen, die insbesondere kleinere Organisationen benachteiligen.

Mit der Vorstellung im Ausschuss beginnt nun die parlamentarische Beratungsphase. Änderungsanträge können eingebracht werden, bevor über die endgültige Position abgestimmt wird. Repp kündigte an, zusätzliche Akzente unter anderem bei der Prävention von Radikalisierung, bei mentaler Gesundheit und bei einer besseren Verzahnung europäischer Programme zu setzen.

„Unser Ziel ist eine verbindlichere, wirksamere und sozial gerechtere europäische Jugendpolitik“, so Repp abschließend. „Sie muss jungen Menschen in ganz Europa – und ganz konkret auch in Mecklenburg-Vorpommern – echte Perspektiven eröffnen.“